

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis: Vierteljahr 1.50 - 2.00 monatlich 0.50 - 1.00...

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile kostet 16 - 20 - 25 - 30 - 35 - 40...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 28. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Totenfeier für Rathenau.

Berlin stand ganz unter dem Eindruck des Begräbnisses Dr. Walter Rathenaus. Sämtliche öffentlichen Gebäude hatten halbstück geflaggt...

und Verehrer Dr. Walter Rathenau war. Aber sie ist in ihrem Erfolg über dies Ziel des blutigen Parteikampfes...

Dann richtete Vizepräsident des Reichstags, Dr. Sell folgende Worte an die Versammlung: Politische Morde hat es zu allen Zeiten gegeben...

In der großen Wandelhalle

des Reichstages war das leuchtende Rot verschwunden. Ein schwarzer Teppich dämpfte die Schritte der Trauergäste...

Einsehen und unseren Abscheu kundzutun über diese Tat, begangen von Menschen, die außerhalb der Gemeinschaft des deutschen Volkes stehen...

jedes noch nicht zu Stein gewordene Herz, die fittliche Empörung muß nach Luft ringen bei dem Gedanke, daß unseres Volkes und Vaterlandes Rettung und Heil von solchen Norddüben zum Vorwand benutzt wird...

Um 12 Uhr waren die Trauergäste fast vollständig erschienen. Die Vertreter sämtlicher Länder hatten an Bundesratsmäßig Platz genommen...

Großes Eisenbahnunglück in Berlin.

Ein Eisenbahnunglück mit furchtbaren Folgen hat sich gestern mittag kurz nach 1 Uhr auf der Berliner Ringbahn im Norden Berlins zwischen den Stationen Schönhauser Allee und Gesundbrunnen unter der Schlußflöcher Brücke zugetragen...

da die Straßen- und Untergrundbahn um 12 Uhr den Betrieb aufstellten, besonders stark. Auf dem Bahnhof Schönhauser Allee war ein starker Andrang zu dem gegen 1 Uhr 8 Minuten in Richtung Gesundbrunnen abfahrenden Zuge...

Reichspräsident Ebert

an den Sarg und hielt folgende Ansprache: Meine Damen und Herren! In tiefer Erschütterung stehen neben den Familienangehörigen des Toten hier die Vertreter des deutschen Volkes...

Von unterrichteter Seite wird das Unglück, das namenlose Schmerzen über zahlreiche Familien gebracht hat, folgendermaßen dargestellt: Um 1 Uhr begegneten sich am Ringbahnhof Schönhauser Allee zwei vollbesetzte Züge Nr. 1815 und 1814...

Die Opfer des Unglücks.

Bisher konnten folgende Verunglückte festgestellt werden: Paul Krüger, Mohrstr. 22 (tot), B. Kempff, Konarstr. 1 (tot), Wolf, Adresse noch unbekannt (tot), Karl Rassenbeck, Bahnhöfer Str. 9 (verletzt), Ernst Lehmann, Residenzstr. 80 in Reinickendorf (verletzt), Georg Havelbein, Andreasstr. 51, Hermann Bahr, Birkenstr. 47, Max Kuschelmann, Schönwalder Str. 12, Hermann Schneider, Prinz-Eugen-Str. 8, Hermann Thümler, Rathenower Str. 43, Paul Engler, Bornholmer Str. 77, Erik Brend, Rosenhagener Str. 23 in Reinickendorf...

Führer der Nation aus der Wicnis der Zeit in eine lichtere Zukunft zu sein. Geboren durch das Ansehen, das er als Führer der deutschen Industrie nicht nur im deutschen Wirtschaftsleben, sondern in der ganzen Welt von früher genoss...

Eine amtliche Darstellung.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Der Andrang der Reisenden auf die Stadt- und Ringbahn war heute mittag...







## Die Getreideumlage angenommen.

**Bürgerliche Front für den 40-Mark-Brotpreis.**  
Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde gestern nachmittags abgelehnt:  
Die sozialdemokratische Forderung einer Umlage von 4,5 Millionen Tonnen;  
ein Umlagepreis von 6300 und 6900 M.  
Angenommen wurde von der bürgerlichen Front, Demokraten bis Deutschnationalen:  
2,5 Millionen Tonnen Umlage, ein Weizenpreis von 8000 M., ein Roggenpreis von 8000 M.  
So wird das Brot in Zukunft etwa 40 M. kosten!

## Leutnant Krull verhaftet.

**Der Beteiligung am Rathenau-Mord verdächtig.**  
Hamburg, 27. Juni. (W.D.) Der in der Angelegenheit der Ermordung Rosa Luxemburgs vielfach genannte Leutnant Krull wurde heute früh in einer Wohnung in Wandsbek, wo er sich verborgen hielt, auf Ersuchen der Reichsbehörden im Zusammenhang mit dem Mord an Rathenau verhaftet. Leutnant Krull behauptete bei seiner Vernehmung, daß er Wandsbek und Hamburg in den letzten acht Tagen nicht verlassen habe und will sein Alibi nachweisen. Die Wandsbeker Polizei setzte die Berliner Behörden von der Festnahme telegraphisch in Kenntnis.

## Allgemeiner Ministerrat.

Die Ministerpräsidenten der Länder sind auf Donnerstag nachmittags zu einer Besprechung der politischen Lage mit der Reichsregierung eingeladen worden.

## USP. und Regierung.

**Die „Leipziger Volkszeitung“ über die Einigung.**  
Die „Leipziger Volkszeitung“ vom Montag veröffentlicht einen Leitartikel unter der Überschrift: „Das Magium proletarischer Einheit das Gebot der Stunde.“ Sie führt mit leidenschaftlich überzeugter Begründung aus, daß der Eintritt der USP. in die Regierung und die Einigung der beiden sozialistischen Parteien das dringendste Gebot der Stunde sei. Jetzt gelte es nicht, radikal klingende Forderungen aufzustellen, sondern das Notwendige zum Schutz der Republik durchzuführen. Geht es um die beiden Parteien den Kampf gegen die monarchistische Offizierskamarilla aufnehmen. Weiter sagt das unabhängige Blatt wörtlich:

Es sollte über dem Verhandlungstisch in großen Betten die Mahnung angeschlagen werden, die ein französisches Sprichwort in den Satz faßt: „Wer zuviel umfaßt, hält schlecht zusammen.“ Es ist verständlich, wenn man die Situation ausnützen will, um recht viel zur Sicherung der Arbeiterklasse und der Republik zu erreichen, aber man darf dabei nicht vergessen, daß jetzt entscheidungsschwere Stunden sind, die schnelle Entscheidung verlangen, und daß es in diesem Falle besser ist, es geschieht wenigstens einiges, wenn auch noch nicht alles, was wünschenswert ist, anstatt daß schließlich gar nichts geschieht.

Die Einigung über den Entfall unserer Partei in die Regierung ist das, was zunächst erreicht werden muß. Aber dabei darf nicht stehen geblieben werden. Soll solcher Bau ein sicheres Fundament erhalten, da muß darüber hinaus die Einigung der beiden sozialistischen Parteien ernstlich in Angriff genommen werden. Jetzt ist der Augenblick da, wo die ganze Arbeiterklasse mit lauter, freudiger Zustimmung begrüßen wird, wenn die Vorstände der USP. und SPD. zu erster Beratung über die Möglichkeit engeren Zusammenhanges zusammenzutreten, jetzt, wo wieder eine der Schranken zwischen beiden Parteien gefallen ist! Denn das schlimmste Hindernis einer Einigung gilt doch bis jetzt die Beteiligung der Rechtssozialisten an der Regierung mit bürgerlichen Parteien. Der Zwang der unerlässlichen Tatsachen hat dieses Hindernis jetzt hinweggeschwemmt.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir solche Vereinigungen mit herzlichster Zustimmung begrüßen.

## Meuchler und Heuchler.

Die Deutschnationalen zerfallen in zwei Kategorien: in die Meuchler, die den Mord ausführen, und in die Heuchler, die vorher die Mordatmosphäre schaffen und hinterher ihre Unschuld beteuern. Zu der zweiten Kategorie gehört insbesondere Dr. Max Maurenbrecher, Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, dessen Blatt am Tage der Abstimmung über das Londoner Ultimatum folgendes schrieb:

221 Reichstagsabgeordnete haben ihre Stimmen für das sächsische Gesetz und gegen die deutsche Ehre abgegeben.

Herr Maurenbrecher, dem man mit Bechtelkeit noch hundert ähnliche und schlimmere Hezereien nachweisen könnte, selbstredend jetzt natürlich auch über die moralische Verwerflichkeit des Meuchelmordes. Dabei operiert er mit folgender Verlogenheit:

Es sind immer nur kleine Kreise heimlich Verschwörer gewesen, die sich ein Recht zu dieser Waffe nahmen, und — abgesehen von dem unverdienten Triumphgeschrei, das die deutsche sozialdemokratische Presse und der sozialdemokratische Kalender in der Vorkriegszeit über jeden neuen Fall von Volksgewalt an einem russischen Großfürsten oder Kaiser angestimmt haben! — haben sie niemals in breiteren Kreisen der öffentlichen Meinung einen zustimmenden Widerhall gefunden.

Mit Verlaub! In der Vorkriegszeit, als sich nach Herrn Maurenbrechers Ansicht die Sozialdemokratie in einem solchen Zustand moralischer Verwilderung befand, zählte sie zu ihren Mitgliedern und eifrigsten Literaten einen gewissen Max Maurenbrecher! Maurenbrechers Sätze lassen über seinen eigenen Charakter nur folgende Schlussfolgerungen zu: Entweder Max Maurenbrecher hat jahrelang keine Gewissensbedenken gehabt, selber einer Partei als hervorragend tätiges Mitglied anzugehören, die nach seiner Ansicht moralisch verwildert war und den Meuchelmord verherrlichte, oder aber Max Maurenbrecher verbreitet jetzt lügenhafte Behauptungen über die Partei, der er früher angehört hat. Drittens gibt es nicht.

## Verbot des „Fridericus Rex“.

Zur Nachahmung empfohlen.  
Jena, 27. Juni. Der Film „Fridericus Rex“, der gestern zum ersten Male hier vorgeführt werden sollte, ist verboten worden.

„Eiffert Presse in Paris“ händeln. Die Münchener Zeitungen „Eiffert“ und „Münchener Abendblatt“ sind von einem großen Finanzkonsortium aufgekauft worden, hinter dem der ehemalige Minister Boucheur steht. Die politische Gesamtleitung wird nach Paris (Petit Parisien) verlegt.

# Die Schützer der Republik.

## Der Massenaufmarsch des Proletariats am Begräbnistage.

Der Arbeit gemolltes Heer zog gestern nachmittags aus den Außenbezirken in das Stadttiere, um in einer erneuten Demonstration von mächtigster Wirkung zu betunden, daß die Arbeiterklasse die gefährdete Republik gegen die verbrecherischen Anschläge der Reaktion zu verteidigen entschlossen ist. Ungeachtet des strömenden Regens marschierten die Hunderttausende aus den Belegstellen auf, aus kleinen Betrieben zu größeren Gruppen sich zusammenschließend, aus den Großbetrieben wie Heereskolonnen anrückend.

## Der Lustgarten

hat das großartige Bild, das wir alle aus früheren Demonstrationen kennen, das aber den Betrachter immer wieder packt und emporeißt. Vom Museum zum Schloß und vom Dom bis zur Spree eine un-durchdringliche Menschenmauer! Die Hunderttausende, die da unter ihren schwarzrotgoldenen und roten Fahnen standen, waren erfüllt von einem Gedanken, von der einen Mahnung, die auf zahlreichen über den Häufern der Menge getragenen Plakaten uns zurief: „Schützt die Republik!“ Das Lied „Empor zum Licht“, von den auf der Museumstreppe stehenden Arbeiter gelangte herein meisterhaft vorgetragen, eröffnete die Demonstration. Über den weiten Platz hin brauste es: „Fest wie ein Felsen im wilden Meer steht der Arbeit gemolltes Heer!“ Dann sprachen aus der Vorhalle des Museums, von der Freitreppe des Doms, von der Terrasse des Schlosses und von der Denkmalplattform in der Mitte des Lustgartens die Redner der SPD., der USPD. und der KPD. Die demokratische Republik muß zu einer sozialistischen sich vollenden, das war der Grundgedanke ihrer Ausführungen. Mit eisernem Besen muß man die Verwaltungen reinigen von den Säulen des alten Systems. Mühsamlos durchdringender Energie muß der monarchistische Würderbande ihr verbrecherisches Handwerk gelegt werden. Die Ermordung Rathenaus, ihre neueste Bluttat, hat wie ein großer Blitz die Gefahr beleuchtet, von der die Republik bedroht ist. Kundgebungen der Zustimmung unterbrachen immer wieder die Redner. In Schmährufe brachen die Versammelten bei der Erwähnung Hefferichs und Ludendorffs aus. Wie Sturmwind donnerten von allen Seiten her die in die Reden sich anschließenden Schmährufe auf die sozialistische Republik. Der Sängerkor antwortete mit dem Lied vom Helden Tod Kosejow. „Das Banner kann kein Mann der Mann auch fällt!“ Mit der vom Chor vorgetragenen Internationale schloß die Demonstration.

## Auf dem Schloßplatz

wogte schon zu Beginn der dritten Nachmittagsstunde eine Kopf an Kopf gedrängte Masse, so daß es selbst dem einzelnen kaum möglich war, sich durchzuwinden. Zu Hunderten flatterten prächtige neue Fahnen und ältere, die schon manchen Sturm erlebt hatten, im frischen Sommerwind. Unter den Fahnen sah man weit mehr in den schwarzrotgoldenen Reichsfahnen als bei früheren Demonstrationen, und viele davon bekundeten durch schwarze Fiordeband, daß die Republik einen ihrer besten Söhne durch Würderband verloren hat. Der Weg zu den Schloßtürmen war bis zum Dreizehnten hinauf mit Fahnen geschmückt, und selbst seinen Sitz in der Schale mußte der Meeressgott mit jugendlichen Demonstranten teilen, von denen mehrere auch das Denkmal für den alten Wilhelm an der Schloßfreiheit bis zu seiner Bildehaube hinauf besetzt hielten. Leider hinderte der kurz vor 3 Uhr herabströmende Regen eine volle Entfaltung der Demonstration. Trotzdem wichen die Massen bis zum Schloß nicht vom Plage. Hervorgehoben zu werden verdient insbesondere, daß bei allen Gruppen einmütig der feste Wille vorherrschte, treu zur Republik zu stehen und der Wunsch, daß die Regierung endlich fest in das Weisensnetz der Würder greifen möge. Ein wahrer Weisenssturm erhob sich, als ein parteigenössischer Redner es laut hervorhob: Wir sind dieser Würdergesellschaft gegenüber immer viel zu anständig, viel zu milde gewesen. Der Beifall verstärkte sich noch, als der Redner von der politischen Justiz sagte, daß sie zu 99 Prozent eine Schmach und Schande für Deutschland, ein Schlag ins Gesicht der deutschen Republik ist. Es geht nicht an, daß wir die Republik noch länger verhöhnen und daß wir alle uns beschimpfen lassen. Aber zum vollen Erfolg unseres Kampfes ist erforderlich, daß sich die Arbeitermassen nicht untereinander bekämpfen und hierdurch ihre wahren Feinde ermutigen. Der Weg zur Einigkeit ist heute nötiger denn je und mit dem Vorbehalt, diese herbeizuführen und einig wie früher zu handeln, wollen wir von hier fortgehen. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Deutsche Republik und die einheitliche Arbeiterbewegung, in das die Massen förmlich einstimmten. — Nach Beendigung der Reden formierten sich die Gruppen zum Abmarsch.

## Auf dem Neuen Markt.

Das Sühnekreuz vor der Marienkirche auf dem Neuen Markt in seiner schlichten Einfachheit spricht ein bereites Zeugnis der Leidenschaften. Vor langen Zeiten, als ein Prediger dem Mordstahl dort zum Opfer fiel, wurde es errichtet. Und jetzt sah es die Masse, die zu Tausenden erschienen war und die sich in seinem Bann zu einer Feier voll tiefer Trauer und kammernder gerechter Empörung über eine Tat, schoufflicher noch und gemeiner als jene, zusammenfanden. Vor dem Väterdenkmal standen sie alle, die dem toten gemeinhaltigen Walter Rathenau die letzte Ehre erwiesen und zugleich einen machtvollen Willen zur Erhaltung der Republik zum Ausdruck brachten. Empörung und Schmerz loderten aus den Augen und mit harten Worten geißelten die Redner die Taten der Reaktion. Die frohen Regimentsfeiern, die Kampffreie in der Presse, das Treiben der Würderzentrale fand ihre Würdigung mit Worten, die aus dem Herzen kamen. Und wie ein heißer Wunsch klang zwischen der dichtgedrängten Masse, die trotz des Regens ausbarste, die Einigung des Proletariats. Lütjeh sah auf die Masse herab und in seinen Armen hatte er eine rote Fahne. Das Symbol der Befreiung von Menschenknechtung. Es paßte gut zu ihm. Unter ihm wälzten die Farben der Republik. Und die Menschen hatten sich dieselben Zeichen angelegt. Schilder mit Aufschriften: „Ein Fluch der Reaktion“, „Den Mörder den Tod“ und Galgen waren in der Menge postiert zu einem Bilde, das ergreifen mußte in seiner schlichten Einfachheit. Würdig, wie die Republik ihre Toten der Erde übergibt, so verließ auch die Feier. Vom Rathaus wankte Halbmond der „Bär“ herüber, und vom nahen Postamt in der Spandauer Straße knatterten die Fahnen „Schwarzrotgold“. Zum Schluß erklang die „Internationale“. So wie sie gekommen waren, geordnet

## 50 Wartehallen für die Straßenbahn.

Die Verkehrsdeputation hat dem Abschluß eines Vertrages mit einer Privatfirma zugestimmt, wonach diese an verschiedenen Verkehrspunkten Groß-Berlins etwa 45 bis 55 Wartehallen für die Straßenbahn errichtet und diese mit kleinen Verkaufsläden und Kellern verfährt. Der Stadt erwachsen dadurch bedeutende Einnahmen. Dagegen lehnte die Verkehrsdeputation die Einkichtung einer Kellere an den Spandauerhöfen der Oberleitung ab, weil diese Kellere das Straßenbild nur noch mehr verschandeln würde.

Papiergelegen in der Schönhauser Allee. Gestern vormittags gegen 11½ Uhr fuhr ein Automobil mit ziemlich hoher Geschwindigkeit die Schönhauser Allee, Danziger Straße und Weidenburger Straße entlang. Die Anfahren waren unterwegs 50. und 100-Mark Scheine unter die Fuß-

in Füßen, zogen sie wieder ab, jeder das Bekenntnis auf den Lippen: „Die Republik über alles!“

Redner waren Reichstagsabgeordnete der drei Linksparteien. Es sprachen unter anderem von der SPD.: Brunner, Harleib, Feldmann, Jarscher, Girbig, Jäger, Kuttner, Heinig, Zehlin, Blas, Heinrich Schulz; von der USPD.: Crispian, Breitscheid, Künstler, Zubeil, Kofes, Ad. Hoffmann; von der KPD.: Kimmels, Hölllein.

## Der Abmarsch

dieser ungeheuren Massen vollzog sich langsam, aber in Ordnung. Die nach dem Westen zurückkehrenden Züge bogon von den „Linden“ schon am Opernhaus ab, so daß die Baumreihe unberührt blieb.

## Die Demonstrationen im Reiche.

Die am Dienstag im ganzen Reich veranstalteten Demonstrationen sind unter äußerst zahlreicher Beteiligung allgemein ausgezeichnet verlaufen. Von den vielen uns vorliegenden Sonderberichten über die einzelnen Veranstaltungen geben wir folgende wieder:

**Breslau, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.)** In der Breslauer Kundgebung gegen die Mordreaktion nahmen gestern 50 000 bis 60 000 Menschen teil. Außer den drei sozialistischen Parteien beteiligten sich auch die Deutschdemokraten, für die der Geheimrat Dr. Hellberg und Prof. John kräftige Worte fanden. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, um in Massen ein Flugblatt zu verteilen, das sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie wendet sowie gegen die schiefen Führer, als auch gegen Rabbruch, Seewering und andere jetzt im vordersten Treffen gegen die Reaktion stehenden Parteigenossen.

**Chemnitz, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.)** Chemnitz erlebte gestern eine Riesendemonstration, an der weit über 100 000 Menschen teilnahmen. Wenn die Redner die Namen der deutschösterreichischen Heher, wie Ludendorff und Hefferich, nannten, dann wurde das Schweigen der gewaltigen Menschenmenge durch laute Entrüstungsrufe unterbrochen. Die Demonstration löste sich nach einem brausenden Hoch auf die Republik auf.

**Elberfeld, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.)** Die Demonstration für den ermordeten Minister Dr. Walter Rathenau fand trotz des regnerischen Wetters unter Beteiligung von 80 000 Personen statt. Die Arbeit wurde um 2 Uhr nachmittags eingestellt. Auf den öffentlichen Gebäuden weht die Reichsfahne auf Halbmaß. Die Demonstration verlief ruhig und machte auf das Bürgerium einen gewaltigen Eindruck.

**Essen, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.)** An der von den drei sozialistischen Parteien veranstalteten Kundgebung gegen die Reaktion beteiligten sich etwa 50 000 Menschen. Die Kampfsache der verschiedenen Redner wurde von der Masse begeistert aufgenommen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Die Teilnehmerzahl des Demonstrationstages in Bremen betrug einer Schätzung der III. zufolge etwa 12—15 000 Mann. In Weimar nahmen etwa 3000 Menschen, darunter fast das ganze Ministerium an der Demonstration teil. Die Thüringer Staatspolizei war geschlossen zu den Demonstrationen kommandiert worden.

**Düsseldorf, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.)** In Düsseldorf demonstrierten Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten gemeinsam in nie gesehener Zahl. Einmütig gelobten Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Republik mit allen Kräften, wenn nötig mit dem Einsatz des Lebens, zu schützen. Dem endlosen Demonstrationstanz voran schritt Regierungspräsident Genosse Grüner und ein sozialdemokratischer Beigeordneter. Die übrigen leitenden Beamten der zahlreichen Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden zogen es vor, der Kundgebung fernzubleiben. In einer Rieserversammlung vor dem Rathaus wurde dieses Gebahren sehr scharf verurteilt. Trotz der ungeheuren Erregung verlief die Demonstration würdig und ohne jede Störung. Die Straßenbahn stellte ab 2 Uhr den Verkehr ein. Alle Läden und Wirtschaften waren geschlossen. Das Bürgerium bezeugte vielfach seine Sympathie mit den Demonstrationen.

**München, 28. Juni. (ig. Drahtbericht.)** In München beteiligten sich an der Kundgebung auf der Theresienwiese etwa 120 000 bis 150 000 Personen. Bemerkenswert war die Teilnahme weiter Schichten des Bürgeriums. An vier Stellen wurde von Rednern des Gewerkschaftsartikels, der SPD., der USPD. und der KPD. gesprochen. Der Straßenbahnbetrieb war von 4 Uhr bis 4,15 Uhr eingestellt. Die Polizei hielt sich bei der Sperrung taktvoll zurück. Die Feier nahm einen erhebenden und würdigen Verlauf. Im Münchener Stadtrat weigerten sich die bürgerlichen Stadträte, einer Einsegnung zuzustimmen, die ihren Abseu über den Mord an Rathenau Ausdruck gibt.

## Würdige Antwort in Magdeburg.

Magdeburg, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeiterklasse Magdeburgs war am Dienstag in überwältigender Zahl auf der Straße. Sämtliche Betriebe, Gasthäuser, Kaufgeschäfte und Bureaus hatten ab 2 Uhr geschlossen. Im Zuge marschierten in geschlossenen Kolonnen Eisenbahner, Postbeamte, Feuerwehrleute, Straßenbahner und dienstfreie Beamte der Schutzpolizei, sämtlich in Uniform. Der Magistrat hat beschlossen, eine Anzahl der größten monarchistisch bekannten Straßen umzulaufen, und zwar in „Rathenaustraße“, „Republikstraße“, „Erzbergerstraße“, „Friedensplatz“, „Einheitsstraße“ usw. Während der Demonstration wurden die alten Straßenschilder mit der neuen Aufschrift versehen, was mit förmlichen Hochrufen auf die Republik von den Demonstranten begrüßt wurde.

Gegen Abend kam es zu einem Auflauf vor dem Bureau des „Stahlhelm“. Ein Stahlhelm-Mann besaß die Frechheit, während des Rückmarsches der Demonstranten zu rufen: „Hoch Hefferich!“ Er mußte vor der erregten Menge durch Funktionäre geschützt werden, bis die Polizei ihn in Haft nahm. Das Bureau des „Stahlhelm“ III von der Polizei geschlossen worden.

gänger, wobei eine arme Frau 500 M. erwischt. Ingesamt sollen auf diese originelle Weise mehrere tausend Mark zur Verteilung gelangt sein. Ob es sich um Ausländer oder andere Personen handelt, denen es auf eine handvoll Scheine nicht ankommt, ist nicht bekannt, da das Auto schnell weiterfuhr.

Späterer Ferienbeginn des Stadtparlaments. Infolge der langen Dauer der Haushaltsberatungen wird die Stadtverordnetenversammlung genötigt, noch im Juli eine oder zwei Sitzungen abzuhalten. Die letzte Sitzung würde dann am Donnerstag, den 6. Juli, stattfinden und der Verabschiedung der unerledigt gebliebenen Anträge gewidmet sein. Der Ferienbeginn soll daher auf den 7. Juli verschoben werden.

Eine Tasse mit Schlüsselfein. Die bei der Lustgarten-Demonstration offenbar von einem Teilnehmer verloren worden ist, befindet sich zur Heholung bei der „Vorwärts“-Ausgabe in Weiz.



## Englisches Vertrauen.

London, 27. Juni. (WTB.) „Daily Mail“ erzählt, das britische Schatzamt prüfe ein Memorandum der Reparationskommission über die Möglichkeiten für Deutschland, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen, sowie über die besten Methoden für die Steuerpolitik der deutschen Regierung. Die Grundzüge des Memorandums würden auf der Haager Konferenz bekanntgegeben werden. Man hoffe, bis zum nächsten Monat ein Einvernehmen in diesen Fragen erzielt zu haben, und daß Lloyd George dann in der Lage sein werde, mit Poincaré in Paris zusammenzukommen.

Reuter erzählt bezüglich der Lage in Deutschland infolge der Ermordung Rathenaus, daß in maßgebenden Kreisen in London keine besondere Furcht vor den deutschen Reaktionen herrsche. Man sei der Ansicht, daß die jetzige deutsche Regierung imstande ist, allem entgegenzutreten, und daß kein Grund für die Alarmgerüchte besteht, die von gewisser Seite aufgetaucht sind.

Der Schriftsteller Dr. Arthur Lynch veröffentlicht im „Evening Standard“ einen Artikel über Berlin von heute, in dem er die Wirkung der Friedensbedingungen auf die arbeitenden Klassen der Bevölkerung prüft, und zu dem Ergebnis kommt, daß eine Abänderung des Versailler Vertrages notwendig sei, auch im Interesse Englands und Frankreichs selbst.

## Deutsche Wiederaufbauarbeit.

### Ein französischer Plan für die besetzten Gebiete.

Paris, 27. Juni. (WTB.) Der Minister für die öffentlichen Arbeiten Le Trocquer hat der Presse mitgeteilt, daß er in vollem Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Poincaré seit Beginn des Jahres einen Plan ausarbeite, um mit deutschen Arbeitern und deutschem Material außerhalb der hiesigen Kampfbahnen große öffentliche Arbeiten ausführen zu lassen. Als solche Arbeiten bezeichnet der Minister Flugregulierungen, den Bau von großen elektrischen Eisenbahnlinien, den Bau von Eisenbahnen selbst, Hafenanbauten und Schaffung innerer Wasserstraßen. Im ganzen handle es sich um ein Programm, das die Summe von 18 1/2 Milliarden Franken erreiche, worin allerdings etwa 6 Milliarden Franken eingerechnet seien für Material, das Deutschland nicht liefern könne. Bei den Flugregulierungen handle es sich um die Rhône, die Dordogne, die Aisne, den Verdon und die Trupère. Für die inneren Wasserstraßen seien 50 Millionen ausgeworfen, wovon 40 Proz. auf die Arbeitslöhne kämen. Die französische Delegation bei der Reparationskommission habe den Entwurf bereits in Händen, und ein internationaler Ausschuss unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Colrat prüfe zurzeit den Entwurf. Nach § 19, Annex 2, sei die Möglichkeit der Verwendung deutscher Arbeiter und deutscher Materialien für alle Arbeiten vorgesehen, die die alliierten und assoziierten Regierungen zur Entwicklung ihres industriellen und wirtschaftlichen Lebens ausführen lassen könnten, wenn die Reparationskommission ihre Genehmigung erteilt habe.

Nach einigen Blättern hat wohl die Reparationskommission die Entscheidung, doch müßten die Verhandlungen über die auszuführenden großen Arbeiten von Delegierten der französischen Regierung direkt mit Deutschland geführt werden, wie es bei dem Wiesbadener Abkommen und seinen Zusatzverträgen der Fall gewesen sei.

## Neue Befoldungsordnung in Oesterreich.

Wien, 27. Juni. (WTB.) Die Regierung hat im Nationalrat einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Höhe der über das Befoldungsgesetz hinausgehenden Bezüge der Bundesangestellten geregelt werden sollen. Der Gesetzentwurf soll unter Anwendung aller geschäftsordnungsmäßig zulässigen Abkürzungen der Beratung behandelt werden. Die Regierung betrachtet den Gesetzentwurf, insofern er endlose Verhandlungen über Gehaltsforderungen und unregelmäßige Auszahlungen der Bezüge in Zukunft ausschaltet, als wesentlichen Teil des Ausgabenabbaues, den der Finanzminister unter den unerlässlichen Reformen angeht. Der Nationalrat wird in der nächsten Woche ununterbrochen arbeiten, um bis etwa zum 10. Juli die Grundzüge für die finanzielle Neugestaltung Oesterreichs zu legen.

### Die Errichtung der Notenbank.

Wien, 27. Juni. (Wiener Korrespondenz.) In der heutigen Sitzung des Nationalrats brachte die Regierung den Entwurf, betreffend die Errichtung der neuen Notenbank, ein. Der Entwurf entspricht im wesentlichen den feinerzeitigen Mitteilungen des Finanzministers. Von besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung der Vorlage, daß der Staat die neue Bank für Zwecke des Staatskredits nicht in Anspruch nehmen darf, ohne daß er den vollen Gegenwert der bezogenen Noten oder Devisen leistet. Dadurch ist der weiteren Ausgabe ungedeckter Noten und dem Fortschreiten der Notensituation ein Ende gesetzt. Selbstverständlich dürfen auch nicht Staatsnoten in Verkehr gebracht werden. Die wichtigste Aufgabe der Bank wird es sein, die Krone mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vor weiterer Entwertung zu schützen.

## Die Konferenz im Haag.

Haag, 27. Juni. (EB.) Die Vorkonferenz hat drei Unterkommissionen eingesetzt, und zwar für Schulden, Privateigentum und Kredite. Die Russen haben nur eine Kommission gebildet, die daher mit den erwähnten Kommissionen naheinander verhandeln wird. Frankreich wird sich bei den Verhandlungen auf Besprechungen in der Kreditkommission beschränken. Der Vorschlag der Russen, zu Anfang nur die Kreditfragen zu behandeln, wurde angenommen. Die Kreditkommission tagte schon heute morgen und faßte den Beschluß, die Russen einzuladen, in einer gemeinsamen Versammlung zu tagen. Diese kombinierte Sitzung wurde heute nachmittags 4 Uhr abgehalten.

### Beginn der Verhandlungen.

Haag, 27. Juni. (Haager Korrespondenzbureau.) Die Unterkommission für die Kredite hielt heute ihre erste Sitzung ab. Titulinow erklärte, er sei bereit, Auskunft zu erteilen und zu empfangen, aber er möchte wissen, welche Fragen er beantworten müsse. Auch wolle er erst wissen, welche Fragen er beantworten müsse. Auch wolle er erst wissen, ob Rußland überhaupt Kredite bekommen würde.

Der britische Delegierte Hilton Young sagte, er könne Titulinow auf die Frage, ob Rußland Kredite bekomme, keine Antwort geben, solange er nicht die Auskunft hätte, die Rußland selbst geben könne. Er würde nicht hier sein, wenn er nicht hoffte, eine Basis für Kredite zu finden. Ob wir diese Basis finden werden, fuhr er fort, hängt zum großen Teil von der Arbeit der beiden anderen Unterkommissionen ab. Wenn in der russischen Kommission befriedigende Ergebnisse erzielt werden, wird es möglich sein, unseren Regierungen anheim zu geben, Kredite für die Unterstützung des russischen Handels zu garantieren.

Auf diese Ausführung folgte eine Aussprache, worauf Titulinow erklärte, der Gedankenaustausch sei nützlich gewesen. Wenn er die Sache richtig verstanden habe, so würde die Unterkommission selbst die Garantien für die Kredite besprechen und die Russen nicht an Leute außerhalb der Konferenz verweisen. Unter diesen Umständen sei er bereit, jede Auskunft zu erteilen, die man verlange.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Gemeindearbeiter und die Republik.

Am Montag tagte in Bäckers Festhallen eine Versammlung der Funktionäre des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, die einstimmig folgende Resolution annahm:

Die anwesenden Funktionäre des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes richten an die Regierung anlässlich des scheinlichen Antritts des Reichsministers Dr. Rathenau die dringende Forderung, nunmehr eine gründliche Säuberung der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen vorzunehmen. Sie sprechen die Erwartung aus, daß es nicht wie am 9. November und nach dem Rapp-Putsch bei leeren Besprechungen bleibe und daß zur Ausschaffung der in Frage kommenden Beamten auf die Anführungen der zuständigen Betriebsräte ausreichend Gewicht gelegt wird. Insbesondere erwarten sie eine sofortige Abberufung des gänzlich untauglichen Reichsministers und seines Stabes, sowie eine Amnestie für alle politischen Märtyrer der Arbeiterbewegung.

Vorher war eine Neuregelung der Lokalbeiträge beschlossen worden, die die Beiträge wie die Unterstützungsfähigkeit der Geldentwertung anpaßt. Die Neuregelung unterliegt jedoch noch der Urabstimmung.

### Bürgerlicher Landarbeiterbund.

Im Reichstag wurde in diesen Tagen die Pachtgesetzordnung im 13. Ausschuss beraten. Das Gesetz soll dazu dienen, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen, ihn vor Härten zu bewahren. Von diesem Gesichtspunkt aus stellten namens der sozialdemokratischen Fraktion der Vorherrscher des Deutschen Landarbeiterverbandes Schmidt und der Bezirksleiter des D.L.A. in Ostpreußen Bäder einen Antrag: im § 1b Absatz 1 unter a eine Ziffer einzufügen mit folgendem Wortlaut: „daß das Deputatland der landwirtschaftlichen Arbeiter bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahrs dem Deputanten zur vollen Nutzung verbleibt.“ Dieser Antrag wurde jedoch, nachdem der deutschnationalen Abgeordnete Behrens, im Nebenamt Vorsitzender des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter, dagegen gesprochen hatte, mit allen bürgerlichen gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt. Der deutschnationalen Vorherrscher des christlichen Landarbeiterverbandes berief sich darauf, daß der Landarbeiter durch den § 18 bereits genügend geschützt sei. Nun steht allerdings in diesem Paragraphen, daß der landwirtschaftliche Arbeiter bei vorzeitiger Beendigung des Dienstverhältnisses einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Anteil erhalten soll.

Wie steht es damit in der Praxis? Ein Deputant wird am 30. Mai aus einem geringfügigen Grunde entlassen, jetzt hat er nach dem § 18 der vorläufigen Landarbeitsordnung Anspruch auf den anteiligen Ertrag der Ernte, d. h. in diesem Falle unter Zugrundelegung von durchschnittlich 60 Zentnern Kartoffelertrag pro Morgen (Kartoffelfeld gibt als Sommerernte) 60:6=10x2=20 Zentner. Der Deputant, der nur auf Deputat angewiesen ist, erhält für den kommenden Winter 20 Zentner Kartoffeln. Der Lohn genügt knapp, die Steuern und sonstigen Ausgaben zu bestreiten. Woher soll das Geld genommen werden, um Kartoffeln zu kaufen? Das Deputat des Deputanten muß mit dazu verwendet werden, um den so sehr niedrig bezahlten Hofgänger zu ernähren resp. zu befristigen.

Wird ein jeder sozial denkender Mensch wäre es gewesen, für diesen Antrag zu stimmen. Um so mehr bestand diese Pflicht für den deutschnationalen Vorherrscher des Zentralverbandes, Behrens.

Aber wie kann ein Deutschnationaler ernstlich die Interessen der Landarbeiter vertreten? Was die Kommunisten betrifft, so überlassen sie die Arbeit in den Ausschüssen natürlich den sozialdemokratischen Abgeordneten und begnügen sich, in Versammlungen Schreien zu drehen. Die Landarbeiter werden aus diesem Spiel erkennen, wo ihre wahren Freunde sind und welche Organisation ihre Interessen wirklich vertritt.

### Der neue Lohnstarif der Gemeindearbeiter.

Zu dem für die Gemeindearbeiter Groß-Berlins vom Magistrat bewilligten neuen Lohnstarif wurde am Montag abend in einer überfüllten Versammlung der Funktionäre Stellung genommen. Der Bericht wurde von Polenske gegeben.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung forderte dieser auf, einmütig an dem Demonstrationstreik teilzunehmen und hinsichtlich dessen Ausführung die Bekanntmachung in der sozialistischen Presse zu beachten.

Dann ging der Redner in längerer Ausführungen näher auf die Verhandlungen mit den Magistratsvertretern über die Lohnforderungen ein und hob hervor, daß bei diesen der Wille zu einer Verständigung vorhanden war. Er wies schließlich auf den gedruckt vorliegenden Bericht hin, nach dem die Löhne ab 1. Juni festgesetzt sind, wie wir sie bereits in der Hauptsache veröffentlicht haben.

Der Redner bemerkte zu diesen Vorschlägen, daß sie durch die Verhältnisse längst überholt sind, so daß sie nur als eine Abzahlung für Monat Juni gelten könnten. Es werde erforderlich sein, wieder mit neuen Forderungen vorzugehen, den ursprünglichen Forderungen sei man ziemlich nahe gekommen. Großtarifkommission und Lohnkartell sind nach reichlicher Überlegung zu dem Entschluß gekommen, die Annahme dieser Tariffälle zu empfehlen.

Nach kurzer Aussprache stimmte die Versammlung gegen wenige Stimmen für die Annahme und war auch damit einverstanden, daß von einer Urabstimmung abgesehen werden soll.

### Arbeitgeber und Schlichtungsordnung.

In der „Arbeiter-Zeitung“ nimmt das bekannte Mitglied der völksparteilichen Reichstagsfraktion, Professor Moldenhauer, in einem Beitrage Stellung zur Schlichtungsordnung. Da ist es nun interessant, festzustellen, daß Moldenhauer, nach platonischen Sympathieerklärungen für den „Grundgedanken“ der Schlichtungsordnung, schreibt:

Bei der Fassung im einzelnen muß man sehr sorgfältig abwägen und berücksichtigen, daß alle Zwangs- und Strafnahmen wahrnehmlich immer einseitig wirken. Man wird den Arbeitgeber immer lassen können. Man wird gegen eine große Zahl von tausenden und hunderten Streikenden niemals durchgreifen können. Aus dem Grunde wird man von vornherein sehr vorsichtig untersuchen müssen, ob die Schlichtungsordnung Licht und Schatten auch gleichmäßig verteilt.

Einer der umstrittensten Paragraphen ist naturgemäß auch der Paragraph 110 sowie die folgenden über die Verbindlichkeitsklärung. Wenn man sich auf gewerkschaftlicher Seite scharf gegen den Anrufungszwang wendet, andererseits aber den Verbindlichkeitsklärungen stark das Wort redet, so ist das offenbar unlogisch. Wenn man schon einmal so weitgehende Bindungen verlangt, kann man auch den Anrufungszwang nicht ausschließen. Die Verbindlichkeitsklärungen wird man aber mit allen Kautelen versehen müssen, sonst werden nach australischem Muster die Streiks tatsächlich eher zunehmen — nicht wegen des Anrufungszwangs, son-

dern wegen der Verbindlichkeitsklärung. Der Gedanke, eine Verbindlichkeitsklärung nur dann zu erlassen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Behörde, die hierüber entscheidet, in ihrer Mehrheit zugestimmt haben, scheint deshalb außerordentlich erwägenswert.

Diese Stellungnahme der „Arbeiter-Zeitung“ ist durchaus nicht überraschend. Sie entspricht vollkommen der Stellung, die die norwegischen Unternehmer gegen das Zwangsschlichtungsverfahren einnahmen, während die Kommunisten und die kommunistischen Gewerkschaften für das Zwangsschlichtungsverfahren eintraten.

Der Streik im Futtergroßhandel ist beendet durch Verhandlung mit den Arbeitgebern vor dem Demobilisationskommissar am 28. Juni. Eine am gleichen Tage stattgefundene Versammlung der Streikenden nahm den Bericht der Verhandlungskommission entgegen und erklärte sich mit der getroffenen Vereinbarung einverstanden. Die Arbeit ist am Dienstag früh in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Ausfertigungen der getroffenen Vereinbarungen sind im Verbandsbureau des Transportarbeiterverbandes, Engelsufer 24/25, Zimmer 38 oder Zimmer 31, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

## Wirtschaft

### Ein Steuerprogramm.

Die von dem Völkspartei, der U.S.P., der U.S.P. und der Sozialdemokratie vor mehreren Monaten eingeleitete Kommission zur Beratung der Sachverfassung hat vor wenigen Wochen ihre Arbeiten abgeschlossen und in Beilage zusammengefaßt. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat das Ergebnis der Beratungen besprochen und war der Auffassung, daß vor einer endgültigen Beschlußfassung der Beilage zur öffentlichen Diskussion gestellt werden müssen. Inzwischen hat die Reichstagsfraktion der U.S.P. die Beilage als Antrag eingereicht. Der Wortlaut ist folgender:

1. Alle Körperschaften, die auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 8. April 1922 der Körperschaftsteuer unterliegen, haben bis 31. Dezember 1922 ihre Kapitalanteile um ein Drittel zu erhöhen und dem Reich abzutreten. Von jeder weiteren Erhöhung ist der vierte Teil an das Reich zu übertragen. Das Reich nimmt im Verhältnis seines Bestandes an allen aus der Gesetzgebung oder den Gesellschaftsverträgen sich ergebenden Rechten teil.

2. Allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Verkehr, die mehr als 100 Arbeitnehmer beschäftigen, oder ein Anlagekapital von mehr als 1 Million Mark haben, ist durch Reichsgesetz die Pflicht zur Körperschaftsbildung aufzuerlegen.

3. Betriebe, die der Körperschaftsform nicht unterliegen, sind durch eine Reichsgewerbesteuer in Höhe von einem Viertel des Reinertrages zu erfassen. Den Interessen von Ländern und Gemeinden ist dabei voll Rechnung zu tragen.

4. Auf jedes inländische, nicht durch 1 und 3 erfassete Grundvermögen, sofern es eine festzusetzende Höhe übersteigt, wird zugunsten des Reiches an erster Stelle eine Grundschuld in Höhe eines Viertels des von dem abgabepflichtigen Eigentümer angez. den Wertes eingetragen.

Das Reich übernimmt ein Viertel der hypothekarischen Lasten, die am 31. Dezember 1922 auf inländischem unbeweglichen Vermögen beruhen, jedoch nur bis zu einem Höchstbetrag von drei Vierteln der Grundschuld.

Die Fälle mehrfachen Grundbesitzes, deren Einzelwert die Freigrenze nicht erreicht, hat das Gesetz zu regeln.

5. Jeder abgabepflichtige Eigentümer inländischen Grundvermögens hat den Wert dieses Vermögens selbst einzuschätzen und dem zuständigen Finanzamt bis zum 31. Dezember 1922 anzugeben.

6. Der Zinsfuß der Grundschuld wird abwärts festgesetzt. Für das Jahr 1923 beträgt er 5 Proz. Für die späteren Jahre wird er jeweils vor dem 1. Oktober unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark durch Gesetz bestimmt.

7. Das Reich ist bis zum 31. Dezember 1922 berechtigt, inländische unbewegliche Vermögen zu dem 60fachen der Jahreszinsen der Grundschuld zusätzlich einen Zuschlag von 20 Proz. zu übernehmen. Uebt jedoch das Reich dieses Recht nicht bis zum 31. Dezember 1923 aus, so hat es vor Ausübung dieses Rechts dem abgabepflichtigen von dieser Pflicht Kenntnis zu geben und ihm anheimzustellen, binnen vier Wochen seine Einschätzung um mindestens 20 Proz. zu erhöhen. Nimmt der abgabepflichtige die Erhöhung nicht vor, so hat das Reich das Vermögen zu dem 60fachen der Jahreszinsen der Grundschuld zusätzlich 20 Proz. zu übernehmen. Nimmt jedoch der abgabepflichtige die Erhöhung vor, so wird zugunsten des Reiches eine weitere Grundschuld in Höhe eines Viertels des Reinertrages eingetragen. Die neue Schätzung hat dann für das Uebernahmerecht des Reiches die gleiche Bedeutung, wie wenn sie bis zum 31. Dezember 1922 abgegeben worden wäre.

8. Abgabefrei sind: a) die Länder; b) die Gemeinden und Gemeindeverbände aller Art; c) Handelskammern, Gewerkschaften, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und ähnliche öffentlich-rechtliche Berufsvereinigungen sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist; d) die Anstalten der reichsgesellschaftlichen Unfall-, Invaliden-, Krankenversicherung und Versicherung für Angestellte; e) Pensions-, Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Kranken-, Unterstützungskassen und Kassen ähnlicher Art; f) Universitäten, Hochschulen und ähnliche Anstalten und Gesellschaften; g) Stiftungen, Anstalten, Kassen oder Personenvereinigungen, soweit sie ohne Beschränkung auf einen bestimmten engeren Personenzirkel mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen; h) Politische Parteien und Vereine.

9. Durch besondere Gesetze sind die nach den vorstehenden Vorschriften nicht erfassen Einkommen und Vermögen heranzuziehen. Diese Gesetze müssen eine der Leistungsfähigkeit entsprechende und der sozialen Gerechtigkeit Genüge leistende Gleichmäßigkeit der Besteuerung von Einkommen und Vermögen jeder Art gewährleisten.

10. Das gegenwärtige, sozialen Ansprüchen nicht genügende Erbrecht ist dahin zu ändern, a) daß das Erbrecht der Verwandten der dritten und folgenden Ordnungen aufgehoben wird; b) daß der Reichsstatut gesetzlicher Erbe wird, wenn zur Zeit des Erbfalls weder ein erblicher Verwandter noch ein Ehegatte vorhanden ist. Dieses gesetzliche Erbrecht des Fiskus darf weder durch Testament (§ 1937 bis 1940), noch durch Erbvertrag (§ 1911) ausgeschlossen oder beeinträchtigt werden. Vermächtnisse oder Auflagen zugunsten gemeinnütziger, wohltätiger, kultureller und religiöser Zwecke sind zulässig, dürfen aber in ihrer Gesamtheit ein Viertel des Nachlasses und 100 000 Goldmark nicht übersteigen; c) daß auch beim Vorhandensein von Erben der ersten und zweiten Ordnung oder eines Ehegatten der Fiskus, soweit der Erbteil des einzelnen Erben 100 000 Goldmark übersteigt, einen Erbanspruch auf den Wert des Uberschusses hat. Der betroffene Erbe kann verlangen, daß an Stelle der Herauszahlung des Uberschusses der Fiskus für einen Anspruch durch Einräumung eines entsprechenden Miteigentums an dem dem Erben zufallenden Nachlaß oder Nachlaßteil befriedigt wird.